



Für den Erhalt unserer Tarifverträge

Alle Beschäftigten, auch die Unorganisierten, sollen zukünftig darüber abstimmen dürfen, ob ein Tarifvertrag noch so gilt oder ob z.B. die Tarife abgesenkt oder das Urlaubs- und Weihnachtsgeld nicht bezahlt werden.

Das wollen die CDU/CSU und die FDP mit ihren Gesetzesvorlagen erreichen. Diese Gesetze sollen am 17. November im Bundesrat verhandelt werden.

Sie haben vorgeschlagen:

- **Wenn 2/3 der Belegschaft einer Änderung des Tarifvertrages zustimmt, dann könne dies geschehen, wenn nicht eine Tarifvertragspartei innerhalb von 4 Wochen Einspruch erhebt.**

Wie läuft so was in der Praxis: Die Belegschaft (auch Unorganisierte) stimmt ab, die IG Metall soll hinterher zustimmen oder ablehnen. Den schwarzen Peter hat immer die Gewerkschaft.

- **Bei der Einstellung von zuvor Arbeitslosen soll während der Probezeit der Tariflohn/-gehalt um bis zu 10% abgesenkt werden.**

Das ist Lohndumping in den ersten 3 - 6 Monaten.

- **Die Reformen zum Betriebsverfassungsgesetz sollen alle wieder rückgängig gemacht werden.**
- **Die Sozialauswahl bei betriebsbedingten Kündigungen soll eingeschränkt werden.**

Nachdem endlich mehr Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte und Beschäftigte verankert werden konnten, wollen die konservativen Parteien das Rad wieder zurückdrehen.

Das lassen wir uns nicht bieten!

Die Unternehmer und ihre politischen Freunde haben Morgenluft gewittert und wollen die Gewerkschaften und ihre Mitglieder mit Hilfe der Massenmedien zu einer Organisation der Bremser und Ewiggestrigen machen.

Das lassen wir nicht zu!

Gerade in Zeiten schlechter Konjunktur und immer mehr Verlust von sozialer Sicherheit brauchen wir starke Gewerkschaften. Die Menschen müssen sich jetzt gemeinsam vor noch mehr sozialem Kahlschlag wehren.

Die Verbindlichkeit von Tarifverträgen ist ein hohes Rechtsgut. Durch das Grundgesetz wurde den Tarifvertragsparteien die Aufgabe übertragen, autonom Tarifverträge auszuhandeln. Tarifverträge sind Mindestbedingungen und sollen die Löhne und Gehälter und die Arbeitsbedingungen nach unten absichern.

Über den Bestand unsere Tarifverträge wollen wir Mitglieder selbst bestimmen!

Die Arbeitgeber arbeiten Hand in Hand mit CDU/CSU und FDP.

Das Präsidium der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat am 15. September beschlossen:

- Sie wollen betriebliche Bündnisse für Arbeit (alle Beschäftigten sollen über die Absenkung von Tarifverträgen bestimmen können).
- Das Tarifrecht soll modernisiert werden.
- Streik und Aussperrung sind Relikte einer vergangenen Epoche.
- Warnstreiks sollen abgeschafft werden.
- Streikposten sollen eingeschränkt werden (unter Maggi Thatcher in England wurden ein Gesetz erlassen, das nur noch 6 Streikposten vor den Betrieben zulässt).
- Arbeitskampfmassnahmen sollen den Arbeitgebern zukünftig 3 Tage vorher angekündigt werden.
- Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates während eines Streikes sollen ruhen.
- Tarifverträge sollen nur noch zeitlich begrenzt gelten und keine Nachwirkung mehr haben.

Ausdrücklich unterstützt die BDA die parlamentarischen Initiativen von CDU/CSU und FDP zu entsprechenden gesetzlichen Änderungen.

Wir fordern die Regierungsparteien auf, diese Angriffe zurückzuweisen und nicht zum Tauschgeschäft im Bundesrat zu machen.

